

Darmstadt, 13. November 2003

Die Verfassung Europas

Siebtes deutsch-polnisches Podiumsgespräch

mit

Daniel Cohn-Bendit

Klaus Hänsch

Karl Lamers

Tadeusz Mazowiecki

und als Moderator

Christoph von Marschall

Dokumentation des Podiumsgesprächs
gekürzt und überarbeitet

**DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT**

Begrüßung

Ich möchte Sie begrüßen zum siebten deutsch-polnischen Podiumsgespräch. Ganz besonders begrüße ich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des deutschen Bundestags sowie des Hessischen und des Rheinland-Pfälzischen Landtags, die Generalkonsulin der Republik Polen, Frau Sobótka, die Vertreter der Stadt Darmstadt und Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem auch die zahlreichen Schülerinnen und Schüler von nicht nur Darmstädter Gymnasien.

So mehrdeutig wie das Wort »Verfassung«, so kritisch ist die politische gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Verfasstheit der Gesellschaften und Nationen Europas am Vorabend des Beitritts von zehn Staaten Ostmitteleuropas in die Europäische Union, die am 1. Mai 2004 vollzogen werden wird.

Die Überwindung der Teilung Europas soll durch das präzedenzlose Experiment der Ausarbeitung einer geschriebenen Europäischen Verfassung gekrönt werden. Der Verfassungskonvent hat einen Entwurf vorgelegt, der leidenschaftlich diskutiert wird, nicht die einmütige Zustimmung – das war auch nicht zu erwarten – der »alten« und »neuen« Europäer, der »Großen« und der »Kleinen«, der Deutschen und der Polen findet. Interessengegensätze prallen aufeinander, andererseits muss eine Lösung gefunden werden, mit der 25 Staaten Europas leben können. Die Verfassung Europas wird in einem weiteren Sinne seit Monaten auch geprägt vom kritischen Zustand der europäischen Außen-, Sicherheits-, und Verteidigungspolitik. Was bedeuten europäische Identität und die transatlantischen Beziehungen für die Deutschen, was für Polen, für das Europa der 25? Der Irakkonflikt hat die Europäer in einer kritischen Phase ihrer außen- und sicherheitspolitischen sowie ihrer mentalen Verfassung erwischt. Es wurde viel übereinander, zuwenig miteinander geredet, als gäbe es keine Kommunikationsmittel, nicht einmal ein Telefon. Man hat übereinander, über die Positionen des anderen, in der Presse erfahren. Auch im Nachhinein ist – ungeachtet von möglichen Gegensätzen und Interessenunterschieden – nicht genügend miteinander gesprochen worden, stattdessen gab es viel Beleidigung und »Missverständnisse«.

Aber nicht nur die Kommunikation stellte sich im Kontext der Irakkrise und der Vorbereitung des Irakkrieges durch die Vereinigten Staaten von Amerika als Problem zwischen den europäischen Hauptstädten heraus. Auch reale Interessenunterschiede zwischen Berlin, Warschau, Paris, Madrid, London und anderen europäischen Partnern sowie Washington und europäischen Verbündeten stellen sowohl die bilaterale als auch die

transatlantische Partnerschaft vor noch nicht gemeisterte Herausforderungen. Dabei wissen alle Beteiligten: Die friedvolle Zukunft Europas hängt davon ab, dass das Bewusstsein von dem Verbindenden und dem Gemeinsamen stärker ist als alle Differenzen. Diese für die Zukunft jedes einzelnen Europäers so wichtigen Fragen werden die Podiumsgäste miteinander diskutieren.

Last but not least begrüße ich Sie jetzt sehr herzlich – die Teilnehmer des Podiumsgesprächs. Ich bin sehr froh, dass das Deutsche Polen-Institut eine so hervorragende Podiumsrunde willkommen heißen darf, die Darmstadt ehrt. Ich begrüße ganz besonders herzlich Herrn Tadeusz Mazowiecki, den ersten polnischen Ministerpräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg, der 1989 durch ein Volksvotum legitimiert war, eine polnische Regierung zu bilden. Er ist zum Symbol des friedlichen Systemwechsels in Ostmitteleuropa geworden und er hat sich bis heute verdient gemacht um die Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten in Europa, hat Solidarität, »Solidarność«, nicht nur für sein eigenes Volk eingefordert. Er hat beispielsweise Mitte der neunziger Jahre auch als Beauftragter der UN-Menschenrechtskommission im ehemaligen Jugoslawien vergeblich um Solidarität, *compassion*, Mitleid der sogenannten Völkergemeinschaft gefleht, als er auf die massenhaften Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machte, bis er schließlich resigniert unter Protest sein Amt niederlegte. Er hat damit vergleichbare Erfahrungen wie unser verehrter Präsident Hans Koschnik in der selben Region machen müssen, den ich hiermit ebenfalls willkommen heiße. Ich begrüße weiter sehr herzlich den bekannten Publizisten und Politiker Daniel Cohn-Bendit, Ko-Vorsitzender der Fraktion »Die Grünen/Freie Europäische Allianz« im Europäischen Parlament. Ich begrüße auch ganz herzlich Dr. Klaus Hänsch, Mitglied des Präsidiums des EU-Verfassungskonvents und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und zum wiederholten Male Gast des Deutschen Polen-Instituts. Und ebenso herzlich Karl Lamers, langjährigen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitautor des legendären Papiers zum Stichwort Kerneuropa. Durch das schwierige Gelände wird Sie nun Dr. Christoph von Marschall führen, Osteuropa-Historiker von Ausbildung und leitender Redakteur der Berliner Tageszeitung »Der Tagesspiegel«.

Ich möchte nun unsere verehrten Gäste auf die Bühne bitten, heiße Sie, meine Damen und Herren, nochmals herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen interessanten Nachmittag.

Dr. Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts



von Marschall: Meine Damen und Herren, es geht um »Die Verfassung Europas«. Oder – wenn ich das etwas journalistischer umwandeln darf – »In welcher Verfassung ist Europa«? Wenn ich mich hier umschaue, ein ganzes Staatstheater voll von Menschen, die etwas über Europa wissen wollen, sowohl darüber, was es erreicht, als auch darüber, wo es noch zerstritten ist, so müsste das doch heißen, dass Europa eigentlich in ganz hervorragender Verfassung ist. Dass von der angeblichen Europamüdigkeit in der Öffentlichkeit keine Rede sein kann. Wir wollen nun schauen, ob wir diese Erwartungen, mit denen Sie offensichtlich gekommen sind, auch einlösen können. Wer heute die Tageszeitungen durchblättert, der wird feststellen, dass dort von europäischer Zufriedenheit und Gemeinsamkeit nicht viel die Rede ist. Fast alle deutschen Zeitungen haben heute aufgemacht mit dem schrecklichen Anschlag auf die italienischen Carabinieri im Irak, 27 Tote – es hat davor tote Briten und auch einen toten Polen gegeben. Und natürlich fragt man sich heute auch in Polen sehr besorgt, ob die Polen die nächsten sein könnten, die von einem so schweren Selbstmordattentat betroffen sein werden, und uns alle erinnert das natürlich wieder an den Streit über die Irakpolitik. Europa war nicht einig in dieser Frage in diesem Jahr.

Zweitens findet man zum Beispiel in der ›Zeit‹ heute einen großen Aufsatz über die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik von Petra Pinzler, die sehr optimistisch ist, dass man hier doch sehr bald zu einer Einigung kommen wird, auch was die Frage eines europäischen Hauptquartiers oder Generalstabs betrifft. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob alle hier auf dem Podium die Meinung teilen werden, dass wir schon so weit sind. Und drittens werden Sie in einigen Zeitungen auch Meldungen über den Streit um die Europäische Verfassung, vor allem den Konflikt mit Spanien und Polen um die Stimmengewichtung im Ministerrat finden und Kompromissvorschläge, wie man das eventuell entschärfen kann. Einer dieser heute in den Zeitungen zu lesenden Vorschläge stammt von Daniel Cohn-Bendit. Aber, wie gesagt, wo man hinschaut: Streit, Streit, Streit – Europa ist nicht zusammen. Und das, wie Dr. Bingen gesagt hat, am Vorabend des großen historischen Moments, an dem das ganze Europa samt dem Osten sich zusammenfindet. In diesem Moment wirkt Europa zerstritten.

Aber vielleicht ist das auch ganz falsch. Vielleicht sind wir zu sehr auf Streit fixiert. Man müsste in der Betrachtung nur mal einen Schritt zurücktreten, um mit etwas Abstand auf diese EU zu schauen, mehrere Jahre zurückzuschauen, und dann könnte man ein ganz anderes Bild entwerfen. Seit 1992, das ist gerade einmal elf Jahre her, hat diese Europäische

Union den Binnenmarkt geschaffen, hat sich in schwierigen Verträgen darauf geeinigt, dass sie eine politische Union bilden will. Sie hat die Währungsunion geschaffen, inzwischen den Euro eingeführt, die Erweiterung auf demnächst 25 Staaten beschlossen, eine Grundrechtecharta verabschiedet und sich in einem Konvent auf eine künftige Verfassung geeinigt, wo es jetzt allerdings noch einige Dinge zu klären gilt. Also man kann dieses Europa auch ganz anders beschreiben, nicht als Bühne für Streit, sondern als eine große Erfolgsstory, denn das, was man da auf die Liste des Erreichten setzen kann, ist sehr viel für elf Jahre.

Herr Mazowiecki, wir wollen dennoch mit den Schwierigkeiten anfangen, die wir im Moment haben. Können Sie uns erklären, warum Polen solche Probleme hat mit dem Verfassungsentwurf, warum man an der Stimmengewichtung etwas ändern will und noch an vielen anderen Dingen. Warum ist Polen mit diesem Verfassungsentwurf nicht so recht zufrieden?

Mazowiecki: Ich werde versuchen, darauf zu antworten, aber ich bin nicht der Meinung, dass nur Polen Probleme hat. Zuerst muss ich sagen, als der Konvent dieses Projekt erstmalig vorgeschlagen hat und es aussagen gab, man solle das Projekt gar nicht diskutieren, sondern einfach akzeptieren, so war das, glaube ich, der erste inakzeptable Punkt. Aber ich will zuerst zwei Thesen aufstellen, und dann werde ich Ihre Frage sachlich beantworten. Ich habe vor zwei Tagen in Graz gesprochen über Europaprobleme, auch vor großem Publikum, und gestern habe ich einen Artikel in der ›Frankfurter Allgemeinen‹ gelesen von Prof. Heinrich August Winkler: »Europa am Scheidewege«, wo er schreibt, Europa könne sich nicht nur auf technokratische und auf juristische Weise einigen, sondern brauche ein Wir-Gefühl. Dieser Artikel ist im Ganzen dem Problem Türkei gewidmet. Es ist – meint er – kein Wir-Gefühl möglich zwischen der Türkei und europäischer Demokratie und europäischer Geschichte. Aber dieses Wir fehlt – in einem anderen Sinne –, glaube ich, auch, wenn man an diese 15 und diese zehn, besonders an acht von den zehn denkt ...

von Marschall: ... die zehn Beitrittskandidaten ...

Mazowiecki: Bei den Verhandlungen war es natürlich, dass man sagte »Wir« und »Sie«. »Wir« Ungarn, Polen und Tschechen und »Sie«, die Europäische Union. Oder umgekehrt: »Wir«, die Union, und »Sie«, die Beitrittsländer. Und nun ist es notwendig, über dieses Wir-Gefühl zu sprechen. Ohne dieses Wir-Gefühl wird man sich nicht verstehen. Wird man

nicht verstehen, warum zum Beispiel so viel über Nizza-Regelungen geredet wird usw. Das ist die erste These. Europa versucht ein politisches Projekt zu bauen. Man hat immer gesagt, die Generäle seien begrenzt in ihrem Denken über den nächsten Krieg, weil sie immer über den letzten Krieg nachdenken. Die Politiker sind begrenzt im Nachdenken über die Formen der politischen Entwicklung, Staaten, internationale Gemeinschaften usw., weil sie begrenzt sind durch die existierenden Formen.

Deshalb diskutiert man über Föderalismus und Nicht-Föderalismus usw. hin und her. Die Europäische Union ist ein *factum sui generis*, eine neue Form, das muss man anerkennen. Das ist die zweite These. Eine neue Form, die natürlich viel mehr als eine Allianz zwischen Staaten ist, aber kein Superstaat sein will. Und wenn wir uns einig sind, dass wir keinen Superstaat bauen wollen, dann muss man gewisse Grundsätze beachten – Gleichberechtigung der großen und kleinen Staaten, Rechtsgleichheit, Solidarität, Subsidiarität usw. Dies sind meine zwei Thesen.

Jetzt komme ich auf Ihre Frage zurück. Das Problem von Nizza ist zu einem Problem der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union bei uns angewachsen. Das ist übrigens nicht nur das Problem jetziger Regierung, es wäre auch das Problem jeder anderen. Man kann nicht verstehen, warum man in Nizza zuerst diese Regelungen akzeptiert hat und jetzt, ohne sie ausprobiert zu haben, versucht, sie zu ändern. Das zweite Argument betrifft »die demografischen Kriterien«. Gut, die demografischen Kriterien sind wichtig im Falle des Europa-Parlaments, aber im Ministerrat vertreten die Minister die Staaten. Und da kann man nicht nur die demo-

grafischen Kriterien gelten lassen. Das ist das erste Problem. Das zweite Problem ist natürlich das Problem der engeren Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik. Wir sind nicht

gegen eine engere Zusammenarbeit, aber wir möchten, dass sie offen bleibt und dass sie im Bereich der Sicherheitspolitik eine klare Haltung gegenüber der NATO einnimmt. Das dritte Problem – es gibt noch mehr, aber ich beschränke mich auf die wichtigsten –, das dritte Problem ist die Präambel. Die Präambel ist für uns nicht nur eine formale und eine symbolische Frage, sondern die wichtige Frage nach der europäischen Identität. Man kann nicht die Europäische Identität definieren, wenn man

»Man kann nicht die europäische Identität definieren, wenn man dabei die Geschichte Europas und des Christentums auslässt...«

Tadeusz Mazowiecki

dabei die Geschichte Europas und des Christentums auslässt; wenn man, wie es beim ersten Entwurf von Giscard d'Estaing der Fall war, nur von griechischer Kultur und Aufklärung spricht.

von Marschall: Drei Probleme reichen für den Anfang. Und ich bin ganz sicher, dass wir bereits bei diesen drei Problemen schon ganz viel Widerspruch auf dem Podium ernten werden, denn Karl Lamers wird sich sicher nicht bis auf die letzte Silbe mit Ihnen verständigen können, was die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik betrifft und Daniel Cohn-Bendit hat ja schon den Kopf geschüttelt, was die Präambel und die christlichen Werte betrifft. Vielleicht machen wir gleich einmal weiter mit Daniel Cohn-Bendit, weil das schöne Wort vom Wir-Gefühl fiel. Haben wir ein Wir-Gefühl in Europa? Ist Europa eher ein Bund von Nationalstaaten? Sie persönlich, Herr Cohn-Bendit, und Ihre Partei sind mit dem Wir-Gefühl den Europauern ganz weit voraus. Sie sind zur Zeit französischer Europa-Abgeordneter. Aber Sie treten zur nächsten Wahl als deutscher Abgeordneter an, jedenfalls in einem deutschen Wahlkreis. Und Sie und Ihre Partei werden uns erklären, dass Sie das ganz geschickt überbrücken, weil Sie ja als einzige Partei eine gemeinsame Liste für ganz Europa haben werden. Da schütteln viele erst mal den Kopf. Kann das funktionieren? Müssen Parlamentarier nicht in erster Linie ihren Wahlkreis vertreten? Kann man sozusagen als Abgeordneter aus Deutschland, aus Frankreich, aus Polen, also eines Nationalstaats, für ganz Europa reden und trotzdem seine Vertretungsfunktion wahrnehmen?

Cohn-Bendit: Also ich bin ja sogar zuerst in Deutschland ins Europaparlament gewählt worden, dann in Frankreich und jetzt wieder in Deutschland. Das heißt, ich werde kandidieren, was daraus wird, wird man ja sehen. Ich will nochmals sagen: Wir haben ein Wir-Gefühl. Die Grünen haben ein europäisches Wir-Gefühl. Wir sind der Meinung, wer europäische Politik machen will, muss sich aus der Begrenzung einer nationalstaatlichen Sicht befreien. 25 grüne Parteien, große und kleine, selbstbewusste und weniger selbstbewusste, inhaltlich und personell auf eine gemeinsame Position zu bringen, ist verdammt schwer, wir haben da genau die gleichen Probleme wie im wirklichen Europa. Aber wir sagen, wir können nicht Europa gestalten, ohne darauf zu drängen, dass es eine europäische Öffentlichkeit gibt und nicht etwa 25 nationale Öffentlichkeiten, sonst werden wir rammdosig. Wir reden immer nur mit uns selbst. Wenn wir uns dann auf der europäischen Ebene treffen, merken wir, dass es nicht funktioniert.

Wir sind Grüne *sui generis*, genau so, wie Sie es gesagt haben. Wir sind der Meinung, dass wir uns als europäische Grüne für die europäische Auseinandersetzung nicht nur aufstellen sollen, sondern müssen dies diskutieren. Das heißt, wir versuchen nicht die Form der nationalen Partei abzuschaffen, das wäre absurd, sondern wir versuchen, sie zu transformieren. Ich finde, Herr Mazowiecki, Sie können es sich nicht so einfach machen. Wir haben die gleichen Probleme bei den Abstimmungen. Da gibt es große Grüne mit vielen Mitgliedern und welche, die wenig Mitglieder haben. Wir haben einfach eine doppelte Mehrheit, was nicht heißt, dass die Großen demographisch die Kleinen überstimmen können, vielmehr – es wird zweimal gezählt. Und das unterschlagen Sie permanent. Es werden erst mal alle zusammen gezählt und das Ergebnis ausgewertet, und dann hat nochmal jeder Staat eine Stimme – ob groß oder klein, jede grüne Partei hat eine Stimme, ob groß oder klein. Das heißt, dass das große Deutschland und das große Luxemburg die gleiche Stimme haben. Dann wird niemand überstimmt. Bei einer doppelten Mehrheit können vier große mit einer Riesenmehrheit der Menschen nicht die anderen überstimmen, denn vier gegenüber 25 bleiben immer noch 21 dagegen. Und dies wird permanent in der Auseinandersetzung darüber unterschlagen, dass sich die Mehrheit aus dieser doppelten Mehrheit gestaltet und nicht nur aus der demographischen.

»...wir können nicht Europa gestalten, ohne darauf zu drängen, dass es eine europäische Öffentlichkeit gibt und nicht etwa 25 nationale Öffentlichkeiten...«

Daniel Cohn-Bendit

Zweitens kann ich das, was Sie zum Konvent gesagt haben, so nicht stehen lassen. Sie waren als Pole Mitglied des Konvents, Ihre Regierung war dort vertreten. In Laken waren Sie dabei. Es ist gesagt worden, man muss die Zukunft Europas neu gestalten, weil wir alle erfahren haben, dass Nizza nicht ausreicht. Sie haben damals unterschrieben, dass Sie das mitmachen wollen. Sie waren anwesend. – Damals in Laken ist über Nizza gesprochen worden, sie waren anwesend als polnische Regierung, Herr Mazowiecki, nicht nur das, sie waren im Konvent vertreten. Wir als Grüne werden alle Beiträge der polnischen Mitglieder und auch der polnischen Regierung beim Konvent ins Polnische übersetzen, und Sie werden merken, dass Sie dies diskutiert haben und dass Sie diese Diskussion akzeptiert haben und dass Ihre Mitglieder diesen Entwurf sogar unterschrieben haben. Sie können sagen, dass Sie damit nicht einverstanden sind.

Aber Sie können nicht sagen, Sie wären belogen worden. Sie haben den ganzen Prozess mitgestaltet. Ich bin einverstanden mit dem, was Sie sagen über das Christentum usw. – darüber können wir noch reden. Aber nicht mit dem Unterton, dass Sie unter falschen Bedingungen nach Europa gezogen wurden. Diese Art der Auseinandersetzung finde ich unfair, weil sie nicht stimmt. (*Applaus*) Wir sind alle christlich und lieben uns, da müssen wir eben auch diskutieren.

von Marschall: Ein schöneres Kompliment können Sie einem Moderator gar nicht machen, als dass schon bei der zweiten Äußerung die Emotionen hochgehen. Es wäre ja viel langweiliger, wenn wir alle einer Meinung wären. Noch einmal zur Erklärung: Wir wollen am Anfang in den ersten Stellungnahmen erst einmal eine Palette verschiedener Themen aufgreifen. Wir werden dann versuchen, sie Stück für Stück abzuarbeiten. Ich werde Ihnen aber ersparen, dass wir auch noch die gewichteten Stimmen nach der Nizza-Regelung durchrechnen. Dann werden wir heute Abend nämlich nicht mehr fertig. Die ist so kompliziert, das versteht kaum einer selbst hier auf dem Podium. Doppelte Mehrheit ist ein bisschen einfacher. Aber jetzt kommen wir doch erst mal zu Herrn Hänsch. Sie waren an der Konventsarbeit beteiligt, Sie waren sogar im Präsidium, wie Dieter Bingen gesagt hat. Sie waren auch schon Präsident des Europäischen Parlaments. Eingangs habe ich gesagt, dass im Moment alles zerstritten wirke, obwohl es sich doch eigentlich um ein historisches Projekt handelt. Also, wie wägt man das gegeneinander ab, was erreicht worden ist und was im Moment wieder zerredet wird? Vielleicht sind Sie optimistisch und sagen, dass man sich noch unter der italienischen Ratspräsidentschaft, also noch vor Jahresende 2003, auf einen Kompromiss im Verfassungstreit einigt.

Hänsch: Noch bin ich sicher, dass man sich einigen wird. Das wird sich in den nächsten 14 Tagen herausstellen, wenn die italienische Präsidentschaft ihre Vorschläge auf den Tisch legt. Aber lassen Sie mich zu dem Thema Nizza und Konvent noch etwas sagen. In Nizza Ende 2000, als der Vertrag geschlossen wurde, war allen Beteiligten klar, dass er nicht ausreichen würde, Europa in die Lage zu versetzen, auf die drei epochalen Herausforderungen zu antworten, vor denen die Europäische Union heute steht. Die erste ist, dass Europa durch die Erfolge der Vergangenheit immer wichtiger geworden ist, aber offensichtlich immer weniger Menschen mit Europa zu tun haben wollen. (Die einzige Ausnahme ist Darmstadt.) Also muss die Verfassung – deswegen machen wir sie – eine

Antwort darauf geben, diese Europäische Union verständlicher, transparenter, demokratischer zu machen als die bisherige Konstruktion der Europäischen Union es ist.

Die zweite Herausforderung, vor der wir stehen, ist: Europa wird größer, und wir wollen, dass Europa größer wird. Wir haben uns im Europäischen Parlament, aber auch in den politischen Parteien über ein Jahrzehnt dafür eingesetzt, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht nur die Gelegenheit haben, der Europäischen Union beizutreten, sondern

dass das auch Realität wird. Nun sind wir endlich so weit. Es hat ja auch lange genug gedauert. Ab dem ersten Mai nächsten Jahres werden zehn neue Staaten der Europäischen Union angehören,

»Europa hat die Verantwortung einer Weltmacht, ob uns das passt oder nicht.«

Klaus Hänsch

acht davon aus Mittel- und Osteuropa. Die Europäische Union wird also größer, aber wenn wir auf der gegenwärtig existierenden Basis bleiben, wird sie nicht automatisch stärker und auch nicht in sich gefestigter. Wie schaffen wir es also, dass sich diese größere Europäische Union nicht wieder auflöst, zerbröseln und zerbröckeln in ein nationalstaatliches Europa, sondern zusammenhält, solidarisch und handlungsfähig bleibt nach innen und nach außen? Das ist die zweite Herausforderung, auf die die Verfassung eine Antwort gibt.

Und die dritte ist ganz schlicht: Europa ist keine Weltmacht. Europa hat die Verantwortung einer Weltmacht, ob uns das passt oder nicht. Ob wir uns wegducken oder ob wir aufrecht stehen. Nur: In der heutigen Konstruktion dieser Europäischen Union können wir dieser unserer weltpolitischen Verantwortung nicht gerecht werden. Wenn sich weiterhin ein Präsident des Europäischen Rats, ein Präsident der Kommission, ein Kommissar für die Außenpolitik, ein hoher Beauftragter für die Außenpolitik und eine Troika der Außenminister gegenseitig auf die Füße treten, ist eine Außen- und Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik in Europa nicht zu führen. Das muss sich ändern. Man kann es auch anders ausdrücken. Eine neue Weltordnung bildet sich heraus. Nicht in zehn Jahren, nicht in zwanzig Jahren, sondern jetzt. Und entweder machen sich die Europäer handlungsfähig im Weltmaßstab, oder wir werden aus der Weltgeschichte abtreten. Da kann man natürlich sagen, na gut, dann treten wir halt ab. Aber ich sage Ihnen, das ist erst politisch und danach unweigerlich auch ökonomisch und kulturell folgenreich – und in eine solche Situation will ich weder unser Land noch die Europäische Union führen.

Europa muss auch nach außen handlungsfähig werden. Das ist die dritte Herausforderung durch die Verfassung. (*Applaus*)

In diesem Konvent haben die Vertreterinnen und Vertreter von 28 Ländern gesessen, und zwar alle mit der gleichen Zahl, große wie kleine. Jeder Staat hatte zwei Parlamentarier und einen Regierungsvertreter im Konvent. Und es ist in den Beratungen auch kein Unterschied gemacht worden zwischen Mitgliedsstaaten und Kandidatenstaaten. Wir haben das, was aus den künftigen Beitrittsstaaten kam, in jede Diskussion, in jede Überlegung, in jede innere Auseinandersetzung mit einbezogen. Und das, was daraus geworden ist, ist natürlich ein Kompromiss. Als wir am Ende sagten »Das ist es!«, war uns klar, dass kein Staat, keine politische Gruppe, kein Parlament hundertprozentig damit zufrieden sein kann. Aber, meine Damen und Herren, neu an diesem Kompromiss ist, dass es zum ersten Mal, seit ich mich an Reformen in der Europäischen Union erinnern kann – und das ist leider schon sehr lange –, kein Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ist. Es ist tatsächlich mehr als das, was man sonst einfach so zusammengeschrieben hat. Und es ist auch nicht so wie in Nizza einfach ein Sammelsurium, eine Kompilation von Kompromissen, sondern es ist ein in sich geschlossenes kohärentes Ganzes geblieben. Das macht es so entscheidend, jetzt nicht wichtige Elemente aus diesem Gebilde wieder herauszuberechnen und herauszuhandeln, frei nach diesem alten nationalstaatlichen Spiel: Ich gebe Dir was, Du gibst mir was, und das, was dabei dann gegeben und genommen wird, das ist das Beste.

Was ist der Kompromiss auf dem höheren Nenner? Das ist erstens: Wir schaffen und wahren das Gleichgewicht zwischen den Institutionen – Parlament, Rat und Kommission, die alle drei gestärkt werden und damit handlungsfähig und gleichgewichtet bleiben. Die Verfassung stellt ein Gleichgewicht her zwischen großen und kleinen Mitgliedsstaaten. Die Stimmgewichtung ist ein Kompromiss zwischen groß und klein. Die Großen hätten etwas ganz anderes gewünscht, die Kleinen auch. Aber das, was wir da zusammengebracht haben, ist lebensfähig und berücksichtigt die Interessen der Großen und der Kleinen, übrigens auch Polens und Spaniens. Schließlich besteht ein Gleichgewicht zwischen föderalen und konföderalen Elementen in der Union. Denn die Europäische Union ist – da gebe ich Herrn Mazowiecki völlig recht – kein Superstaat. Die Europäische Union ist nicht eine Bundesrepublik Europa, ein Nationalstaat auf europäischer Ebene. Sondern sie ist eine Union der Bürger und der Staaten. Beides schlägt sich in dieser Verfassung gleichgewichtig nieder. Andere, auch ich, wären gerne im föderalen Sinne weitergegangen.

Aber das war im Konvent nicht möglich. Und auch da sage ich: Wir sind zu einem Ergebnis gekommen, das besser ist als der heutige Zustand. Als Vertreter des Parlaments in der Regierungskonferenz kann ich immer wieder nur dafür werben, dass die Regierungen das, was der sehr breit legitimierte Konvent mit 105 Parlamentariern und Regierungsvertretern ausgearbeitet hat, nun nicht wieder zerreden und zerschleiben in den kleinlichen Auseinandersetzungen in den Mitgliedsstaaten. Ich habe in der Regierungskonferenz noch nicht ein einziges neues Argument gehört. Kein einziges Argument, das nicht schon im Konvent diskutiert, hin- und hergewendet oder verworfen worden wäre. Deswegen bleibe ich optimistisch, dass am Ende die Vernunft einkehrt und wir im Dezember die Regierungskonferenz abschließen können. (*Applaus*)

von Marschall: Besten Dank, Herr Hänsch. Herr Lamers, erst mal dürfen wir Ihnen noch nachträglich zum Geburtstag gratulieren, Sie hatten vorgestern Geburtstag. Dieter Bingen hat sie bereits als einen der Außenpolitiker der CDU angesprochen. Sie sind jetzt nicht mehr im Bundestag und können vieles mit mehr Distanz und Gelassenheit betrachten. Sie gehören aber zu denjenigen, die es sehr bedauern haben, dass Europa in der Irakpolitik nicht mit einer Stimme gesprochen hat. Lassen Sie mich einmal ganz ketzerisch gegenfragen: Geht das überhaupt? Kann man nicht überhaupt nur mit einer Stimme sprechen, wenn die Staaten eine zumindest annähernd ähnliche Meinung zu einem Problem haben. Wenn man also nicht einen Kompromiss zwischen kompletten Gegensätzen finden muss, wie zum Beispiel zwischen den Einstellungen »pro Amerika« und »nicht so pro Amerika«? Europa war aber so krass gespalten. War das dann wirklich eine verpasste Chance?

Lamers: Ja, Herr von Marschall, das war nach meiner tiefen Überzeugung nicht irgendeine verpasste Chance, sondern es war das Verpassen der Chance, der europäischen Identität in einer entscheidenden Stunde zum Durchbruch zu verhelfen. Darüber möchte ich ein paar Gedanken mit Ihnen austauschen. Ich bin der tiefen Überzeugung, dass über das Schicksal Europas, dieses Projektes Europa, die Außenpolitik entscheidet. Die Frage ist, ob Europa überhaupt eine hat, und wenn ja, dann welche. Und das nicht nur aus dem sofort verständlichen Grunde, dass wir als Teil des Westens herausgefordert sind. Wir nehmen zwar heute noch teil an der wirtschaftlichen Dominanz des Westens. Aber diese Dominanz ist herausgefordert. Der 11. September war zwar der radikalste Ausdruck dieser Herausforderung, aber keineswegs ist es der einzige. Wenn die Welt

nicht ein bisschen besser, ein bisschen gerechter, ein bisschen friedlicher wird, dann ist die Zukunft Europas gefährdet. Ich glaube wir stimmen da überein, Herr Hänsch. Dann ist seine Art des Lebens gefährdet. Und die einzelnen europäischen Staaten sind, jeder für sich allein, nicht in der Lage, diese Herausforderung, die eine ganz andere Dimension hat als die Ost-West-Auseinandersetzung, die längst anachronistisch geworden war, nicht in der Lage, dieser Herausforderung standzuhalten.

Wir haben eine Alternative. Entweder schließen wir uns als Gefolgschaft den Vereinigten Staaten an oder wir schließen uns zusammen. Das ist die Diskussion, um die es im Kern in Europa heute geht. Wenn wir uns zusammenschließen,

dann mit dem Ziel, Partner Amerikas zu werden, um mit ihm gemeinsam das Geschick des Westens zu bestimmen. Das erstere – sich anzuschließen

– wird auf Dauer nach meiner Überzeugung zumindest von einigen europäischen Völkern nicht akzeptiert, weil es dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung widerspricht. Wichtiger aber ist – es wäre eine Abkehr, ich sage es noch deutlicher, es wäre ein Verrat an der Grundidee Europas, der Idee von der Gleichheit ihrer Mitglieder. Die Idee von der Herrschaft des Rechts anstelle der Herrschaft des Stärkeren; die Idee, die Hegemonie nicht nur im Verhältnis der Mitglieder der Europäischen Union zueinander verneint und auch nicht nur im Verhältnis dieser Mitglieder zu einem Anderen, sondern auch die Hegemonie als Weltordnungsidee.

Die Vision, die wir von Europa haben, ist dieselbe, die wir von einer etwas besseren Welt haben. Die Gefolgschaft ist aber nicht nur der Verzicht auf eine eigene, auf eine eigenständige europäische Außenpolitik, sondern es ist auch der Verzicht auf eine eigene Identität. Denn Selbstverständnis und die Identität einer jeden politisch verfassten Gemeinschaft artikuliert und aktiviert sich erst durch die Begegnung mit der übrigen Welt – mit den Anderen. Ich erkenne mich, indem ich mich unterscheide. Nur in der Begegnung wird sich eine politisch verfasste Gemeinschaft ihrer selbst bewusst. Europa wird sich nur auf diese Weise seines gemeinsamen Erbes bewusst. Wichtiger noch: Nur auf diese Weise wird der Wille zu einer gemeinsamen Zukunft aktiviert. Bei allem Gemeinsamen, was wir in Europa haben, dürfen wir nicht übersehen, dass wir auch viel Unterschiedliches haben. Europa kann nur werden durch den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft – übrigens etwas, was wir von den Amerika-

»Nur in der Begegnung wird sich eine politisch verfasste Gemeinschaft ihrer selbst bewusst.«

Karl Lamers

nern sehr gut lernen könnten, denn sie sind nur eine Nation durch den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft – also zu einem politischen Europa. Zwar ist die Wirtschafts- und Währungsunion eigentlich verdammt politisch, aber dennoch gilt: Das politische Europa ist das außenpolitische Europa, ist das zu sich selbst gekommene Europa. Zu der Grundidee Europas, des sich vereinigenden Europas gehört auch, dass das eigene Selbstverständnis nicht in feindseliger Unterscheidung von den Anderen gefunden werden darf, so wie das im Zeitalter des Nationalismus immer der Fall war. Das gilt natürlich vor allem für das Verhältnis zu Amerika, dem ja offenkundig wichtigsten Anderen, den es heute in der Welt überhaupt gibt. Aber es ist auch der schwierigste, denn gewissermaßen ist Amerika draußen und drinnen. Es ist eine nicht-europäische, zugleich aber auch eine europäische Macht. Es ist uns in mancher Hinsicht sehr nah, es ist uns aber auch fern. Europa von Amerika zu trennen ist nicht nur nicht möglich, es ist noch viel weniger wünschenswert. Unterscheiden muss sich Europa von Amerika schon. Aber so wie sich Partner voneinander unterscheiden und nicht, wie sich Gegner oder gar Feinde voneinander unterscheiden. (*Applaus*)

von Marschall: Wir haben jetzt eine ganze Themenpalette aufgefächert, bis hin zu Ihrem schönen Satz, Herr Lamers, dass die gemeinsame Außenpolitik sozusagen die Schicksalsfrage Europas ist. Herr Mazowiecki, ich möchte daran anknüpfen und Sie fragen: Gemeinsame europäische Außenpolitik nicht als Gegenmacht zu den USA, sondern als ein selbstbewusster Partner: Wieso haben Sie und so viele andere in Europa da Bedenken? Weil sie diese schönen Worte hören, sie aber nicht glauben und denken: »Man sagt das zwar, weil es gut klingt, meint aber doch: Abkoppelung von der NATO, Konkurrenzveranstaltung zur NATO, Konkurrenzveranstaltung zur transatlantischen Partnerschaft«? Können Sie sich, könnte Polen sich mit Karl Lamers' Formel von der europäischen Außenpolitik zufrieden geben? Haben die Polen trotzdem Bedenken, weil sie eine Abkoppelung von der NATO befürchten?

Mazowiecki: Warum sagen Sie immer, dass nur die Polen Bedenken haben? Ich glaube, die Schwierigkeiten Europas werden nicht von Polen angefangen. (*Applaus*)

von Marschall: Nein, natürlich nicht. Man kann es in dieser Frage, wenn Sie erlauben, sogar umgekehrt sagen. Es gibt eine Mehrheit gegen Deutschland und Frankreich.

Mazowiecki: Die Schwierigkeit eines Europaprojekts liegt darin, dass Sie bereits jetzt 15 große Unterschiede haben. Also nicht nur Polen hat hier Probleme. Wir sind gerade an einem Punkt, von dem man sagen kann, er ist nicht der beste Moment, über eine gemeinsame Außenpolitik zu sprechen, weil Europa so geteilt ist, wie es ist. Das ist nicht unsere Schuld, obwohl wir auch Fehler gemacht haben. Ich gehöre zu den Leuten in Polen, die offen und kritisch Stellung bezogen haben gegenüber unserer Teilnahme im Irak und vor allem gegenüber dem Brief der Acht...

von Marschall: ... der Brief der Acht war ein Brief von acht europäischen Ländern, die Deutschland und Frankreich den Vorwurf machten, Gesamt-europa eine Iraklinie gegen die USA vorgeben zu wollen.

Mazowiecki: Ja, aber Sie dürfen auch nicht vergessen, dass vor dem Brief der Acht Fehler von vielen Seiten gemacht worden sind. Die Amerikaner haben Fehler gemacht, als sie sagten »wir werden den Krieg sowieso machen«. Die Deutschen und die Franzosen haben Fehler gemacht, indem sie sagten »wir werden sowieso nicht mitmachen, egal, ob dort Massenvernichtungswaffen existieren oder nicht«. Es ist nicht unsere polnische Schuld, dass wir den Amerikanern geglaubt haben, dass es dort wirklich Massenvernichtungswaffen gibt. Natürlich muss man eine europäische Außenpolitik versuchen. Aber beide Seiten – Amerika und Europa – müssen sich befreien. Amerika von dieser unilateralistischen Arroganz und Europa auch von einer gewissen Heuchelei. (*Applaus*) Von der Heuchelei, von Amerika verteidigt werden, gleichzeitig aber antiamerikanisch bleiben zu wollen. Das betrifft vor allem Frankreich, aber nicht nur. Wir Polen sind am meisten daran interessiert, dass dieser Konflikt zwischen Amerika und Europa beendet wird. Sie können sagen, die Polen sind proamerikanisch, ja, aber sie sind auch proeuropäisch, sie gehören zur europäischen Kultur. Proamerikanisch sind die Polen, es gibt viele Polen in Amerika und wir haben in der Geschichte mit Amerika keine Konflikte gehabt. Schließlich: Amerika war der wichtigste Fürsprecher für unsere Zugehörigkeit zur NATO, was für Polen sehr wichtig war. Sie sollten sich deshalb nicht wundern. Doch ein trojanisches Pferd sind wir nicht und wir werden auch keines sein.

von Marschall: Herr Cohn-Bendit, Sie sind ein guter Freund unseres Außenministers. Es kann einem, wenn man bei Joschka Fischer im Interview sitzt, passieren, dass das Telefon klingelt und er sagt »Du, Danni, ich kann jetzt nicht« und wieder auflegt. Joschka Fischer hat, als die

Saddam-Statue fiel, laut und öffentlich gesagt, dass er sich freut. Sie sind jemand, der die Intervention auf dem Balkan früh richtig fand und dafür politisch gebüßt hat. Ist der Vorwurf berechtigt, dass Europa manchmal auch heuchelt, wenn es sich so gegen Interventionismus wendet? Für die positiven Ergebnisse ist es doch durchaus zu haben.

Cohn-Bendit: Ja, der Vorwurf ist richtig. Ich glaube, wir sollen in den Diskussionen nicht künstlich Unterschiede formulieren, die nicht existieren. Ich glaube, das, was Herr Lamers und Herr Mazowiecki eben gesagt haben, ist das Gleiche. Ich glaube mit dem Moment, da Polen und andere Staaten der Europäischen Union beitreten, können wir anders diskutieren, es ändert sich die Ausrichtung der europäischen Sicht. Man kann nicht immer sagen, Europa wird erweitert, bleibt aber im Grunde das Europa der Sechs. Und die restlichen 19 müssen sich bitte der Sicht der Sechs anschließen. Das geht nicht. Ich glaube, das große Misstrauen der Polen und auch der Tschechen, der Ungarn und anderer kommt daher, dass die europäischen Regierungen während des Befreiungsprozesses dieser Staaten eher mit den Machthabern konferiert haben als mit denen, die sich befreien wollten. Nur ein paar Verrückte wie wir haben damals Druckmaschinen, Flugblätter usw. rübergebracht, aber wir gehörten damals nicht zur Regierung und haben unsere Regierung kritisiert. (*Widerspruch im Publikum.*) Ich habe gesagt, die Regierungen haben es nicht gemacht, es gab aber zivile Gruppen – nicht nur uns –, die es gemacht haben wie wir, mehr hab ich nicht gesagt.

Stichwort NATO-Zugehörigkeit, da muss sich ein Teil der Linken einfach immer ans Ohr fassen und sagen, wir waren für die Auflösung der NATO. Dass die Polen, dass die Tschechen sagen »nie wieder Russen bei uns – die Sicherheit bringt uns die NATO«, dagegen gibt es kein Argument, weil es richtig ist. Und das haben wir lange, lange nicht sagen wollen. Aber ab dem Moment, wo wir jetzt zusammen gehören, existiert *diese* NATO nicht mehr für uns. Machen wir uns nichts vor. Die NATO verändert sich, muss sich verändern. Und dann kamen wir zur Auseinandersetzung mit dem Irak. Ich habe mich auch gefreut, als die Statue fiel. Diese Freude ist meine Spezialität. Ich habe mich gefreut, als Milosević gefallen ist. Ich habe mich gefreut, als die griechischen Diktaturen gefallen sind. Aber mir ist etwas aufgefallen – es waren sehr wenig Iraker dabei. Gucken Sie sich diesen Platz an – er war ganz leer –, und vergleichen Sie das mit dem Fall der Stalinstatuen in Polen oder in Ungarn, wo Hunderttausende von Menschen diese Statuen heruntergerissen haben. In Bagdad waren es sehr wenige. Da hätte jeder, der die Geschichte

kennt, hellhörig oder hellsichtig werden und fragen müssen: »Was ist da los?« Da hat Herr Lamers recht. Wir müssen miteinander unsere Position bestimmen. Die Amerikaner haben eine – ich würde es mal ganz vorsich-

»Wir als Europäer haben nicht gelernt, unsere Interessen gemeinsam zu definieren.«

Daniel Cohn-Bendit

tig sagen – unilaterale Politik, weil sie eine eigeninteressenorientierte Politik machen. Das ist nach dem 11. September auch verständlich, weil sie betroffen waren.

Nur – in diesen Eigeninteressen übersehen sie manchmal sehr vieles. Und die Europäer waren in diesem Konflikt nicht in der Lage, ihre Interessen mit den Interessen der Amerikaner zu verbinden.

Alle haben da versagt, da haben Sie völlig recht. Wir als Europäer haben nicht gelernt, unsere Interessen gemeinsam zu definieren. Herr Koschnik kann uns das vom Balkan erzählen, wir haben am Balkan doch am Anfang alle versagt, da gab es eine *französische* Außenpolitik und eine *deutsche* Außenpolitik, eine *englische* Außenpolitik. Irgendwann hat man dann gesehen, es muss eine europäische Position geben, sonst geht Europa zu Bruch. In diesem historischen Prozess sind wir jetzt. Deshalb komme ich wieder zur Verfassung – diese Verfassung wird uns helfen, aus dieser eigennationalen Sicht der Dinge zu einer gemeinsamen zu kommen, und das ist gut so. (*Applaus*)

Hänsch: Ich stimme Herrn Mazowiecki zu, dass die Spaltung, die wir über den Krieg im Irak in Europa gehabt haben, nicht durch Polen herbeigeführt worden ist. Das ist überhaupt keine Frage. Sie ist herbeigeführt worden, weil vier Regierungschefs, nämlich Blair, Schröder, Chirac und Aznar, ohne jede Abstimmung untereinander Anfang September vergangenen Jahres mit unterschiedlichen Positionen als erste in die Öffentlichkeit gegangen sind. Erst dann haben sie sich Verbündete gesucht. Der Brief der Acht, der hier zitiert worden ist, ist ja nicht in Warschau geschrieben worden. Also, Herr Mazowiecki, das ist völlig klar, es war nicht die polnische Linie, die zu diesem Brief geführt hat. Aber ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und ihre Probleme sei kein Thema, das wir jetzt miteinander bereden müssen. Gerade weil es so war, ist gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein Verfassungsthema und ein Thema der aktuellen Politik.

Man schämt sich, das öffentlich zu berichten, aber wissen Sie, wann die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den heraufzie-

henden Irakkrieg zum ersten Mal auf der Tagesordnung eines europäischen Gipfels hatten? Nicht im September 2002, nicht im November, nicht im Dezember, sondern am 27. Februar 2003, drei Wochen, bevor der Krieg im Irak wirklich losging. Das muss sich ändern. Wer glaubt, auf diese Weise könnten gemeinsame Positionen gefunden werden, der irrt sich. Das ist das erste. Das zweite – die führenden Politiker der Europäischen Union sagen hinter vorgehaltener Hand immer deutlicher: »nie wieder eine Situation wie Ende 2002, Anfang 2003«. Das heißt, wir müssen Prozeduren finden, die die Chance, dass es nicht mehr dazu kommt, vergrößern. Das ist ein Prozess. Man kann das nicht beschließen. Es geht weder durch den europäischen Außenminister, den wir schaffen werden, noch durch Mehrheitsbeschlüsse, wenn wir sie bekämen, sondern nur durch die Annäherung in so wichtigen nationalen Fragen, wie es die außenpolitischen Positionen sind, an denen für jedes Land eine riesige, eine lange Geschichte hängt. Die Zeit für diesen Prozess müssen wir uns nehmen. Die Prozeduren dafür können wir schaffen, ja, wir haben sie jetzt durch die Verfassung geschaffen. Zeit müssen wir uns nehmen, aber diese Zeit steht nicht unbegrenzt zur Verfügung. Denn eines ist auch klar: Einzelne sind die europäischen Staaten Spielmaterial für andere in der Welt. Nur gemeinsam sind wir Mitspieler, und die Unterstreichung liegt bei »Mitspieler«. Wir wollen keine Einzelspieler sein, aber wir wollen auch nicht, dass andere in der Welt Einzelspieler sind. *(Applaus)*

*»Einzelne sind die europäischen Staaten
Spielmaterial für andere in der Welt.
Nur gemeinsam sind wir Mitspieler...«
Klaus Hänsch*

von Marschall: Herr Lamers, wenn man in einem neuen Fall doch einen rechtzeitigen Anlauf unternehmen würde, um eine gemeinsame Position herbeizuführen, dann gehört bei unterschiedlichen Meinungen entweder dazu, dass man mehrheitlich abstimmt, was nicht so schnell passieren wird, oder dass sich diejenigen, die erkennen, dass sie nicht in der Mehrheitsposition sind, dann zumindest öffentlich etwas zurückhalten. Provokierend gefragt: So, wie sich die Irakdebatte vor dem Krieg entwickelt hat, wären, nimmt man alle 25 Staaten zusammen, Deutschland und Frankreich vermutlich nicht in der Mehrheits-, sondern in der Minderheitsposition gewesen. Ergibt sich daraus nicht die Forderung, dass sich der, der sich in der Minderheitsposition befindet, dann auch öffentlich etwas zurückhält?

Lamers: Ja natürlich. Aber es ist eben nicht vorgesehen – auch nicht in dem Entwurf –, dass in der Außenpolitik mit Mehrheit abgestimmt wird. Und deshalb sind die Verfahren nicht ausreichend – das ist meine härteste Kritik an dem Entwurf, von dem ich nicht nur eben, sondern schon immer öffentlich gesagt habe, dass er ein großer Fortschritt und eine große Leistung ist. Man kann es gar nicht laut genug sagen, er ist ungleich besser, als was die letzten Regierungskonferenzen, insbesondere Nizza, fertiggebracht haben. Aber in der Außenpolitik gibt es nur einen bescheidenen Fortschritt, weil die Kernmethode nämlich immer die der Mehrheitsabstimmung ist. Ich füge aber hinzu: Die Irakkrise hat mir gezeigt, dass dafür die Zeit noch nicht reif ist, denn so sehr Mehrheitsentscheidungen entscheidungs- und konsensfördernd sind, so sehr setzen sie auch einen Grundkonsens voraus, und der ist in der Außenpolitik nicht oder nicht ausreichend gegeben. Warum nicht? Also erstens: Ich stimme Herrn Mazowiecki unbedingst zu, dass die Deutschen und die Franzosen ihre Position in einer Weise vertreten haben, die nicht akzeptabel ist. Sie haben sich im Grunde gegenüber den anderen europäischen Partnern so verhalten, wie Amerika gegenüber Europa insgesamt. (*Applaus*)

Die Amerikaner haben beschlossen: Wir machen einen Krieg und bitte, jetzt kommt mit. Und die Deutschen und Franzosen haben gesagt: Wir sind gegen den Krieg, also bitte, jetzt macht mit. Das ist ohne Frage auch ein Verstoß gegen die herausragende Grundidee Europas. Aber zweitens: Die Ursachen liegen tiefer. Die Ursachen, die zu dem Brief der Acht plus Zehn geführt haben. Wenn die Acht plus Zehn wirklich eine europäische Einigung gewollt hätten, dann hätten sie gesagt: Wir brauchen eine Gipfelkonferenz – die nachher stattfand, als das Kind in den Brunnen gefallen war. Das wäre der europäische Weg gewesen. Stattdessen haben sie öffentlich Zuflucht genommen zu Amerika – das ist der Kern der Geschichte – und damit jene traditionelle Rolle Amerikas in Europa aktualisiert, die die Rolle des Schiedsrichters im innereuropäischen Willensbildungsprozess ist. Die Rolle der Balancemacht, das heißt die Rolle, die ursprünglich vor allem gegenüber Deutschland gedacht war, inzwischen aber auf die deutsch-französische Dominanz ausgedehnt wurde, und zwar durch diesen Brief der Acht plus Zehn. Das heißt, Amerika sitzt mit am Tisch, wo sich Europa einen Willen bilden soll. Das ist ein Widerspruch in sich, *ex definitione* ist das unmöglich, zumal dieser eine – Amerika – gewissermaßen drei Viertel des Raumes an diesem Tisch einnimmt.

Im Kern geht es also um unterschiedliche Visionen von Europa. Es ist der alte Streit – in Frankreich bekannt, hier kennt die Begriffe kaum einer –

zwischen dem atlantischen und dem europäischen Europa. Der Hintergrund dafür ist das Misstrauen der Europäer untereinander, die Rivalität und die Angst voreinander. Ich füge gleich hinzu, diese Angst wurde gerade im Falle Polens natürlich noch verschärft durch das Gespenst einer Achse Paris – Berlin – Moskau. Es stimmt vielleicht nicht ganz, ich spitze es zu, aber es ist meine Überzeugung, dass dies ein wesentliches zusätzliches Element war, aber das ist ja nicht der Kern meiner Argumentation. Also, was macht man in einer solchen Lage? So sehr ich die Art und Weise kritisiere, wie die Deutschen und Franzosen das Projekt betrieben haben – das geht nicht; das »Wie« ist so wichtig wie das »Was« in der Politik – so sehr haben sie ja in der Sache recht gehabt und bekommen – Gott sei's geklagt – jeden Tag mehr Recht. Sie haben auch deswegen Recht gehabt, meine Damen und Herren, weil die überwältigende Mehrheit der Bürger in allen Ländern, in ausnahmslos allen Ländern in der Sache engagiert war, und zwar gegen den Krieg – auch in Großbritannien. Die Bürger haben schon immer eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwartet, und in dieser Stunde hat Europa versagt, obwohl es – wie ich eben sagte – der Durchbruch seiner europäischen Identität hin zu einem europäischen Selbstverständnis hätte werden können. Also, was kann man in dieser Situation machen? Ich sage ganz klar: Die Deutschen und Franzosen müssen weitermachen, aber anders als bislang. Sie müssen werben für ihre Position. Und sie müssen offen sein für das Mitmachen der anderen. Sie müssen ihre Vorreiterrolle verstehen als einen Dienst an Europa. Führung ist notwendig in Europa, und sie muss von diesen beiden ausgehen. Aber Hegemonie wird nicht akzeptiert, und zwar zu Recht.

von Marschall: Mit kurzen Worten: Gleiches Ziel, aber anderer Stil. (*Applaus.*) Wir wollen auch noch zur Präambel kommen, deshalb bitte nur ein kurzer Zwischenruf von Daniel Cohn-Bendit.

Cohn-Bendit: Während der Kuba-Krise kam der amerikanische Botschafter zu De Gaulle und hat gesagt: »Ich werde Ihnen jetzt die Bilder der Bedrohung zeigen.« Darauf hat De Gaulle gesagt: »Wenn es der amerikanische Präsident sagt, muss ich die Bilder nicht sehen.« Er hat sie nicht angeschaut und sich auf die Seite Amerikas gestellt. Was ist seitdem falsch gelaufen? Die Amerikaner sagen uns etwas und keiner glaubt es. Das ist das Problem. Zweitens: Jetzt will ich nicht mehr über den Irakkrieg reden, sondern ich will das aufgreifen, was Herr Hänsch gesagt hat. Wir brauchen jetzt einen Gipfel, weil es so nicht weiter geht. Es nützt uns

nichts zu sagen »Wir haben Recht gehabt«. Nebbich, und? Wenn der Irak in Richtung Fundamentalismus kippt, sind wir alle negativ betroffen. Daran haben wir kein Interesse. Ich will jetzt eine europäische Initiative. Und die Amerikaner wissen, dass sie das brauchen, weil sie die anstehenden Aufgaben alleine nicht schultern können. Das ist der Übergang. Diese europäische Initiative wird nur funktionieren, wenn sie nicht nur auf den Irak zielt, sondern wenn sie gleichzeitig eine Initiative für Palästina und Israel und den Irak ist. Das müssen wir jetzt schultern, sonst werden wir nicht glaubwürdig.

Ich hätte da einen Vorschlag, aber den werde ich noch nicht bringen, weil die Zeit dafür noch nicht da ist. Aber ich sage: Außenpolitisch sind die europäischen Interessen heute mit denen der Amerikaner identisch. Es darf nicht schiefgehen im Irak, ob wir dafür waren oder dagegen. Aber es wird falsch sein, wenn man sich im Israel-Palästina-Konflikt so verhält, dass man einen palästinensischen Staat nicht mitgründet, weil wir sonst in der ganzen Region nicht glaubwürdig sind. Dann wird es auch im Irak schief laufen. Das ist das Problem. Und für diese Initiative brauchen wir alle gemeinsam – die Europäer, die Amerikaner und die anderen. Aber der letzte Punkt – und das ist an Europa wie an Amerika gerichtet: So gut es ist, dass wir im Rahmen der Vereinten Nationen zusammen sind, aber dass wir Europäer oder Amerikaner um Putin so buhlen, dass wir die Tschetschenen opfern, ist der Europäer und Amerikaner unwürdig. (*Applaus*)

von Marschall: Das ist eine wunderbare Überleitung zum Thema »Werte«. Bei den Werten ist der in der Öffentlichkeit als strittig bekannte Punkt die Frage der Präambel: Soll es eine Gottesanrufung, lateinisch *invocatio Dei* geben oder nicht? Herr Mazowiecki, da hatte ich Sie vorhin unterbrochen. Jetzt werden sich die Meinungen auf dem Podium wohl ganz anders mischen als bei vorherigen Fragen, denn Daniel Cohn-Bendit vertritt hier ja sicher mehr die französische säkulare Tradition als andere. Um es nur an zwei Beispielen zu sagen: Warum können wir uns eigentlich nicht auf die Formel des deutschen Grundgesetzes einigen? »Im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen«, denn dann haben wir auch diese Debatte um das Christentum draußen – der Gott könnte schließlich auch der islamische Gott sein, vor dem man die Verantwortung hat. Und diejenigen, die nicht gläubig sind, argumentieren halt mit ihrer Verantwortung vor den Menschen. Oder man könnte die Formulierung der polnischen Verfassung nehmen, die abhebt auf Menschen, die an Gott glauben und Menschen, die ihre Überzeugung aus anderen Quellen herleiten –

auch das ist umfassend. Herr Mazowiecki, warum ist das eine so wichtige Frage für Polen – natürlich nicht nur für Polen?

Mazowiecki: Zuerst zu Herrn Cohn-Bendit. Ich bin absolut einverstanden mit dem, was Sie zuletzt gesagt haben über die internationale Situation, über die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns und auch über Tschechien. Aber ich muss Ihnen sagen: Was ich über das Glaubwürdigkeitsproblem in Polen gesagt habe, beschreibt die Situation der öffentlichen Meinungen in Polen. Ich weiß nicht, was unsere Vertreter im Konvent gemacht und warum sie kein *Votum separatum* abgegeben haben.

Eine gewisse Entspannung ist notwendig, wenn dieses Wort erlaubt ist. Eine gewisse innereuropäische Entspannung auch bei der Verfassungsvertragsdebatte. Erlauben Sie uns acht, uns in der Union zuhause zu fühlen, und dann werden wir alles ändern. Also man muss verstehen, dass wir auch lernen und verstehen müssen, wie man sich in dieser Europäischen Union fühlt, bewegt usw. Sie verlangen von uns Änderungen und Zustimmung. Wir haben zu viele Äußerungen, wie die von Chirac gehört. Erlauben Sie unserem Volk, sich in dieser Union gut zu fühlen. Und dann können wir über Nizza und andere Regelungen sprechen.

Und zum Problem der Präambel: erstens das Problem des Christentums im deutschen und im polnischen Fall. Im polnischen Fall war das schwierig, aber ein Erfolg. Ich war einer derer, die das bewerkstelligt haben. Es war gut für die Verfassung und für die Meinung im Lande, dass wir etwas Gemeinsames sagen könnten über die Werte, auf die wir uns berufen. Ich glaube, es ist für Europa auch wirklich gut, dass es nicht nur technokratisch und juristisch ist, sondern dass man von Werten nicht als von einer formalen Sache spricht. Das ist gut. Zweitens – das Problem

der geschichtlichen Wahrheit. Das Christentum ist ein Teil der Geschichte Europas. Das muss man akzeptieren. Das geht nicht gegen die laizistische Aufklärungsstradition. Das geht vielleicht nur gegen diejenigen, die mei-

»...die europäische Geschichte ist nicht nur eine schöne Geschichte. Es ist eine Geschichte der Schuld und der Fehler...«

Tadeusz Mazowiecki

nen: »Wir leben in einem postchristlichen Europa; daher werden wir über Christentum und Religion überhaupt nicht sprechen.« Und eine zweite Sache: Ich glaube, dass die Präambel zum europäischen Verfassungsvertrag nicht nur die Frage Christentum, sondern auch andere Probleme benennen muss. Auch, dass die europäische Geschichte nicht nur eine

schöne Geschichte ist. Es ist eine Geschichte der Schuld und der Fehler der Europäer, die Geschichte zweier totalitärer Systeme, die in Europa entstanden usw. Auch das sollte man in der Präambel sagen, um sie authentisch zu machen gegenüber anderen, gegenüber der menschlichen Familie. Man muss also tiefer über diese Präambel sprechen und nachdenken. (*Applaus*)

von Marschall: Herr Hänsch, Sie als Konventsmitglied können uns vielleicht sagen, wie die Genese war – Herr Cohn-Bendit könnte jetzt ein flammendes Plädoyer halten, warum der Staat sich in solche Dinge nicht einmischen soll, Religion ist Privatsache, französische Tradition usw., aber vielleicht sagen Sie uns kurz, wie die Debatte im Konvent gelaufen ist und warum es so schwierig ist, die Präambelfrage zu lösen.

Hänsch: Gerne. Ein Satz vorab zu Herrn Mazowiecki. Sie haben völlig Recht. Die neuen Mitgliedsstaaten müssen Zeit haben, sich zuhause zu fühlen. Da werden wir uns alle anstrengen müssen, im Parlament, in allen Institutionen. Das geht nicht von selbst. Und ich sage mit großem Nachdruck, dass wir uns hierbei wirklich bemühen werden. Aber zuhause fühlt man sich vor allem dann, wenn man mitmacht und sich nicht in die Ecke setzt und sagt, jetzt wollen wir erst mal gucken in den nächsten acht Jahren, wie es denn so geht. Man muss also mitmachen. Großartig an dieser Verfassung ist ja, dass zum ersten Mal an einem großen Reformwerk nicht Beamte und Diplomaten gesessen haben, sondern, in aller Öffentlichkeit, Delegierte aus den verschiedenen Völkern. Dass neue Mitglieder und alte Mitglieder in diesem Verfassungsentwurf zum ersten Mal ein gemeinsames Projekt entworfen haben. Das war ja das »Mitmachen«, von dem wir gesprochen haben.

Zur Präambel. Erster Punkt – zur Geschichte und zur europäischen Schuld. Wir haben einen Bezug auf die Geschichte nicht vergessen. Im Präsidium haben wir mehrfach überlegt, ob wir das und wie wir das überhaupt formulieren können. Wir haben es versucht. Doch gerade weil man, wenn man über Geschichte der Europäer spricht, Schuld und Versagen ansprechen müsste, mussten wir feststellen, dass es eine Reihe von Mitgliedstaaten gibt, die – wie formuliere ich das jetzt, ohne ungerecht zu werden? – die die deutsche, die polnische, die französische Geschichte nicht haben. Die das, was uns in unseren Diskussionen umtreibt in Deutschland, aber eben auch in Polen und zu einem großen Teil auch in Frankreich, nicht kennen – den Umgang mit einem großen historischen Problem, mit Schuld. In Skandinavien ist das kein Thema. Und in Irland ist

das auch kaum ein Thema. Die Iren wollen es nicht zum Thema machen, obwohl sie es könnten. Also unsere Sorge im Präsidium war: Wenn wir das hineinschreiben, was Sie meinen und was ich persönlich auch für richtig halte, dann verursachen wir in Europa mehr Verletzungen als Einheit.

Zum Thema Gottesbezug: Ich glaube, da muss man ein bisschen differenzieren. Es ging nicht darum, eine *invocatio Dei* hineinzubringen. Das ist auf europäischer Ebene nicht möglich. Aber wir haben es geschafft, anders als bei dem Präambel-Grundrechtskonvent, wo die Religion überhaupt nicht vorkommt, wenigstens hineinzuschreiben: »das religiöse Erbe«.

Jetzt möchte ich kurz skizzieren, wie am Ende ein Kompromiss aussehen könnte. Die Präambel sagt (nicht wörtlich aber inhaltlich): Europa gründet sich auf die Philosophie der griechisch-römischen Antike, auf das religiöse Erbe und auf die Aufklärung bzw. auf den Humanismus. Warum ist man nicht geschichtlich so klar und eindeutig, das religiöse Erbe auch als christliches Erbe zu benennen, denn das war über Jahrhunderte das europäische Erbe? Also warum sagt man das nicht? Gegen den französischen Widerstand im Konvent war das nicht möglich, auch im Präsidium nicht. Aber vielleicht lässt sich da noch etwas machen. Es gilt einfach, die historische Tatsache zu benennen, dass sich Europa aus diesen drei Quellen speist. (*Applaus*)

von Marschall: Jetzt muss Daniel Cohn-Bendit Gelegenheit zum Kommentar bekommen.

Cohn-Bendit: Als Herr Mazowiecki geredet hat, ist mir etwas klar geworden. Ich würde so gerne seinen Geschichtsteil mit übernehmen. Die Iren oder die Schweden können mir erzählen, was sie wollen – wenn die Deutschen und die Franzosen nicht als Urgedanken die Überwindung der beiden Totalitarismen eingebracht hätten, hätte es nie Europa gegeben, da hätten sie nie beitreten können. Das aus der europäischen Definition herauszunehmen ist deswegen irrsinnig, weil das der Motor war. Das finde ich an Ihrer Darstellung wirklich so klar, und das verbindet uns auch in diesem antitotalitären Kampf. Mein Problem: Wie kommen wir dahin? Herr Hänsch sagt: »Sagen wir doch die Wahrheit – christliches Erbe.« (*Einwurf Hänsch:* »Religiöses Erbe.«) Nun gut, »religiöses Erbe«. Man kann aber die französische Revolution nicht einfach aushebeln. Die französische Revolution war auch eine Revolution gegen die Herrschaft der christlichen Herrscher in Frankreich. Ich will jetzt nicht über Robespierre sprechen, sondern nur, dass wir verstehen, wo das französische Problem liegt. Wir können also nicht sagen »christliches Erbe und Aufklärung«.

Die Aufklärung war ja zum Teil ein Kampf gegen eine totalitäre Dimension des Christentums, sonst hätte es diesen Aufklärungskampf nie gegeben. Aber wenn ich »christlich« sage in dieser Verfassung, in einer Verfassung, die das Leben der Menschen miteinander regelt, dann möchte ich nicht, dass bei der nächsten Debatte um furchtbar kleinliche und blöde Dinge wie zum Beispiel die Abtreibungsfrage gestritten wird. Das ist klar, aber nicht für diejenigen, die aus Irland kommen oder aus Polen. Das Christentum liefert ihnen ja den Hintergrund dafür, die Abtreibung abzulehnen. Das ist ein Problem, über das wir miteinander diskutieren können, anstatt so zu tun, als ob es das nicht gibt. Es ist völlig legitim, dass es christliche Werte gibt – aber diese christlichen Werte können nicht unser Handeln in der Gesellschaft definieren und bestimmen. Wie also kommt man von einem christlich orientierten Verfassungsverständnis in der Praxis – Irland und Polen – zu einer Verfassungspraxis in Staaten, die sich davon emanzipiert haben – andere würden sagen: leider getrennt haben? Diese Debatte müssen wir erst mal klären, um dann die Worte zu finden. Ich will nicht, dass diese Verfassung, die ich richtig finde, daran scheitert, dass hier einige das Christliche nicht wiederfinden.

von Marschall: Darf ich Sie etwas polemisch überspitzen. Sie sagten gerade: »Wie kommen wir von den Werten zum politischen Handeln?« Da gibt es diesen schönen Aphorismus von Stanislaw Jerzy Lec: »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ja, aber wie kommen wir zu den Tätigkeitswörtern?«, das heißt – wie kommen wir zur Umsetzung? Sie würden jetzt am ehesten empfehlen – Werte ja, aber nicht, wenn sie dann gleich unser Handeln bestimmen, also Werte ohne Tätigkeitswörter?

Cohn-Bendit: Moment, Werte ja, aber in ihrer geschichtlichen Dynamik, wie sie sich entwickelt haben. Mit dem Totalitarismus machen wir das auch so. Der Sozialismus war ja wunderbar, das ist ja auch europäische Tradition. Wir haben gesehen, was daraus geworden ist. Es gibt Menschen, die haben sich geopfert für den Sozialismus und den Kommunismus. Er war ja eine wunderschöne Idee. Und dann hat es das gegeben, was Sie, Herr Mazowiecki, erlebt haben und wo wir das Glück hatten, auf der anderen Seite geboren zu werden. Das müssen wir alles mit bedenken, sonst kommen wir mit den Werten nicht klar. Das ist mein kleines Problem mit den großen Werten.

von Marschall: Karl Lamers, Sie waren zwar nicht in beiden Ländern bereits Abgeordneter, aber Sie kennen, glaube ich, auch die französische

Seele ganz gut. Sehen Sie irgendeine Kompromissmöglichkeit oder sind das zwei so grundunterschiedliche Auffassungen über den öffentlichen Platz der Religion in Frankreich und in Deutschland, dass man gar keinen Kompromiss finden kann?

Lamers: Ich fürchte in der Tat, man wird keinen finden, denn das ist in Frankreich so fest verankert, dass es sehr schwierig ist, irgendeinen Franzosen gleich welcher politischen Richtung von der Richtigkeit der Erwähnung des christlichen Erbes zu überzeugen. Aber wenn das dennoch geschehen sollte, dann teile ich die Meinung von Herrn Hänsch. Die jetzige Diskussion ist geradezu gespenstisch. Es geht ja um die einzelnen Elemente unseres kulturellen Erbes. Und übrigens, Herr Cohn-Bendit, ich glaube nicht, dass das ein Berufungspunkt für einen juristischen Streit sein könnte etwa in der Abtreibungsfrage. Es ist nicht mehr als eine Aufzählung des kulturellen Erbes, seiner einzelnen Elemente. Wenn man das aber tut, dann ist es wirklich lächerlich, das Christentum nicht zu erwähnen. Denn das stand am Anfang, das war die Kultur und sonst gab es nichts. Wenn beispielsweise griechische Philosophie genannt wird...

Cohn-Bendit: Das Judentum gab es ja auch!

Lamers: Ja, aber entschuldigen Sie, nicht in dem, was man Abendland nennt, da spielte es doch keine Rolle...

Cohn-Bendit: Na, da würde ich mal eine geschichtliche Debatte mit Ihnen führen. Also Sie können das Shtetl doch nicht aus Europa wegdrängen, so es Ihnen gefällt.

Lamers: Also Herr Cohn-Bendit, ich rede doch von dem Anfang dessen, was man später Abendland genannt hat, also der Entwicklung der europäischen Gesellschaft nach dem Ende der römischen Herrschaft. Und was war da Kultur? Das Christentum und sonst nichts. (*Applaus*) Und auch die Philosophie: Ich erinnere an den polemischen Spruch von Nietzsche: »Christentum ist Platonismus für das Volk.« Die griechische Philosophie ist über die christliche Religion, über diese Auslegung des Christentums – gerade auch schon im Mittelalter – in Europa eingeführt worden. Deswegen ist die Nicht-Erwähnung des Christentums lächerlich, wie dies die Franzosen fordern. Auch der Säkularismus, der Laizismus ist doch aus den Auseinandersetzungen innerhalb des Christentums entstanden – ursprünglich etwa in der Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Papst.

Also es gibt in Europa nichts, was nicht seine Wurzeln in diesem Christentum hat. Und dass das Christentum nicht nur in der griechischen Philosophie, sondern auch in Israel, im Land der Juden wurzelt, ist klar. (*Cohn-Bendit*: »Kein Zweifel!«) Denn da gehört es rein. Aber ich sage, ich halte es nicht für das Wichtigste. Auch deswegen, weil es nicht ein Berufsgrund sein kann. Für viel wichtiger hielte ich wirklich die Anrufung Gottes, und was Sie über das deutsche Grundgesetz gesagt haben, Herr von Marschall, das finde ich auch. Es ist eine gute Formulierung, die wir ja in einer Stunde der tiefsten Not und vor allem auch moralischen Katastrophe gefunden haben: »In Verantwortung vor Gott und den Menschen«.

Weshalb waren auch die anderen Parteien damit einverstanden? Weil das damals unser aller Gefühl war. Der Mensch darf und kann nicht über alles verfü-

»Der Mensch darf und kann nicht über alles verfügen.«

Karl Lamers

gen. Das ist der Kerngedanke, und der ist heute aktueller denn je. Denken Sie an das Stichwort Bioethik. Deswegen wäre ich leidenschaftlich dafür, dass man versucht, diesen Gedanken in die Verfassung einzubringen. (*Applaus*)

von Marschall: Also die Gottesanrufung als Ausdruck menschlicher Bescheidenheit, auch der Demut von Politikern, dass sie nicht versuchen, alles bis zum Schluss zu regeln.

Cohn-Bendit: Und die Demut der Religion? Ist das nicht auch ein Thema oder heißt das, nur die Weltlichen sollen demütig sein und wer die Religion vertritt, soll weiter, wenn es ihm passt, nicht demütig sein?

Lamers: Nein, das ist überhaupt nicht die Frage. Wenn ich Atheist wäre, würde ich auch für diese Formulierung sein, da sie eine den Menschen entzogene Instanz meint, sonst nichts.

Cohn-Bendit: Aber ich will keine den Menschen entzogene Instanz in meinem Weltverständnis. Das ist ja unser Problem. Sie wollen eine den Menschen entzogene Instanz und ich sage: In den Geschicken des Menschen gibt es keine ihm entzogene Instanz. Ich weiß, dass viele Menschen meine Position nicht teilen. Ich hab' auch nicht gesagt, dass ich jetzt auf die Barrikaden gehe gegen dieses und jenes. Ich habe gesagt, dass man

die Gedankenwelten, die zueinander kommen müssen, erst mal vorsichtig beschreiben muss.

von Marschall: Manchmal können die Gegensätze ja auch im Raum stehen bleiben. Herr Mazowiecki, das letzte Wort zu diesem Thema.

Hänsch: Meine Damen und Herren, da können Sie mal sehen. So geht es zu, wenn zwei oder vier miteinander reden, wir im Präsidium waren 13 arme Männer und Frauen, die versuchen mussten, für ganz Europa in dieser Frage eine Lösung zu finden.

Mazowiecki: Also erstens zu dem, was Herr Cohn-Bendit gesagt hat. Ich muss sagen, die Probleme der moralischen Entscheidung, wie Abtreibung und beispielsweise das Problem der für mich absolut nicht akzeptablen Euthanasie, die man in Belgien und Holland akzeptiert – das sind keine Kompetenzen der Europäischen Union, und sie sollen es auch nicht werden. Wenn man das Geistige im tieferen Sinn, im Sinne »die Gläubigen und die Nicht-Gläubigen«, als Wort akzeptiert und davon ausgeht, dass Sie etwas Tieferes als nur etwas Materielles suchen, dann muss man einen Grund haben, auf den man baut. Wir haben eine große Geschichte Europas hinter uns, wo sich *Sacrum* und *Profanum* trennen. Dieses Problem gibt es im Islam nicht. Ob das im Islam überhaupt möglich ist, weiß ich nicht. Aber unsere Identität ist darauf gebaut, dass man *Sacrum* und *Profanum* auseinander hält. Worauf sollen wir bauen? Wo sind die Grundlagen? Wenn wir diese nicht akzeptieren wollen, dann ist Europa nur eine technokratische Angelegenheit. Wir haben in Polen mit Władysław Bartoszewski und einigen anderen eine Deklaration formuliert und unterschrieben. Ich will Ihnen den Anfang dieser Deklaration vorlesen: »Wir Europäer, im Bewusstsein unseres reichen Erbes, welches aus den Reichtümern des Judentums, des Christentums, des Islams, der griechischen Philosophie, des römischen Rechts und des Humanismus religiösen und nichtreligiösen Ursprungs schöpft; im Bewusstsein der Werte christlicher Zivilisation, der grundlegenden Quelle unserer Identität; im Bewusstsein des häufigen Verrats, der diesen Werten durch Christen und Nicht-Christen widerfahren ist; im Bewusstsein des Guten und des Bösen, welches wir anderen Kontinenten zugefügt haben, das Drama der Menschlichkeit beweinend, welche im Rahmen unserer Zivilisation entstandene totalitäre Systeme hervorriefen, möchten unsere gemeinsame Zukunft bauen« usw. (Applaus) (Daniel Cohn-Bendit erbittet sich den Text dieser Deklaration von Mazowiecki und studiert ihn.)

von Marschall: Das lassen wir jetzt einmal so stehen. Es kann nachher jeder, dem es wichtig ist, noch etwas dazu sagen, denn Sie alle haben nur noch eine Gelegenheit, überhaupt etwas zu sagen, bevor die Veranstalter uns noch zu einem Umtrunk ins Foyer einladen. Deswegen möchte ich eine Formulierung aufgreifen, die Sie gerade benutzt haben: »Nicht alles liegt in der Kompetenz der Europäischen Union.« Ich will es umformulieren, fragen wir doch nach den Grenzen Europas, und zwar nicht nur nach den geographischen, sondern auch nach den Grenzen der Zuständigkeit. Man kann das inhaltlich, man kann das geographisch sehen. Und man kann natürlich auch danach fragen, wo die Grenzen Europas sein sollten, zumindest was den Streit betrifft, der Deutsche und Polen auseinanderbringt. Wir sind ja hier auf Einladung des Deutschen Polen-Instituts, und Frau Süßmuth – die hier leider nicht teilnehmen kann, aber eines war ihr doch wichtig – hat gefragt: »Müssen wir etwas tun, um die deutsch-polnischen Unstimmigkeiten zu überwinden?« Ist die Krise so schlimm, wie sie vorher nie war? – manche sagen ja, manche nein. Dies ist eine Frage, die vor allem an Tadeusz Mazowiecki geht. Ansonsten würde ich gerne einladen, dass wir auch über die Grenzen Europas und die Zuständigkeit Europas reden. Wenn das jemand geographisch verstehen möchte – Türkeifrage –, ist er auch dazu herzlich eingeladen. Herr Mazowiecki, wollen Sie anfangen?

Mazowiecki: Ich mache mir große Sorgen um die weitere Entwicklung unserer deutsch-polnischen Kontakte und um unser deutsch-polnisches Verständnis. Übrigens habe ich gestern oder vorgestern im deutschen Fernsehen diese Debatte über die Aussagen des CDU-Abgeordneten Hohmann gehört.

Aussagen, bei denen man als Beispiel immer über die deutsch-französische Versöhnung gesprochen hat. Für mich stellt sich die Frage, warum

man immer die deutsch-polnische Versöhnung vergisst. Wir sind in diesen 14 Jahren schon weit gegangen. Die junge Generation denkt bereits anders. Jeder Deutsche weiß von der deutsch-französischen Versöhnung, aber von der deutsch-polnischen Versöhnung weiß nicht jeder Deutsche. (*Applaus*) Und ich glaube, dass es hier viel zu tun gibt. Natürlich macht

»Jeder Deutsche weiß von der deutsch-französischen Versöhnung, aber von der deutsch-polnischen Versöhnung weiß nicht jeder Deutsche.«

Tadeusz Mazowiecki

uns das Problem von Frau Steinbach, dieses Zentrum gegen Vertreibungen, große Sorgen, weil es unsere Verhältnisse belastet und auch in Zukunft belasten kann. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen unseren Regierungen in der Nizza-Frage muss man versuchen zu überwinden, aber das ist nicht nur ein deutsch-polnisches Problem.

von Marschall: Europa kann also eine Menge dazu beitragen, wenn ich das richtig verstehe. Herr Cohn-Bendit, die Grenzen Europas.

Cohn-Bendit: *(hält die Erklärung hoch, die Mazowiecki zuvor verlesen hat)* Also, wenn es ein Beitrag zum Gelingen der Regierungskonferenz ist, so könnte ich, wenn man zum Humanismus noch die Aufklärung hinzunimmt, diese Erklärung akzeptieren. *(Applaus)* Das Zweite: Nachholen finde ich richtig. Die Erweiterung der Europäischen Union und die deutsch-polnische Aussöhnung ist für die Gestaltung des Kontinents von ebenso großer, eminenterer Wichtigkeit wie die deutsch-französische. Und wenn ich vorhin aus meiner tiefsten Überzeugung gesagt habe, wie wichtig es für die Polen war, durch den Beitritt zur NATO zu sagen: »Nie wieder Russen in Warschau«, so müssen wir auch wissen, dass der Beitritt zur Europäischen Union auch heißt: »Nie wieder Deutsche in Warschau« als Soldaten. Auch das sollten wir nie vergessen. Bei allem Streit und bei allen Schwierigkeiten – entscheidend ist, dass wir dieses Europa aufgebaut haben, um einer Region, die mit ihren Totalitarismen die kriegslüsternde Welt war, einen anderen Weg zu geben und festzuschreiben, dass das nicht mehr stattfinden kann.

Wenn wir uns die Frage so stellen, dann stellt sich als zukünftige Problematik die Frage des Verhältnisses eines Teils der Welt zu einem anderen Teil der Welt, der im Moment in heller Aufregung ist und furchtbaren Entwicklungen nachgeht, nämlich gegenüber dem Islam, der islamischen Welt. Wir haben eine historische Verantwortung, wir können das nicht so weiterlaufen lassen. Das ist nicht nur gegen unsere Interessen, sondern daran kann die ganze Welt kaputtgehen. Das sind keine Spielereien. Solche Aggressivität gegeneinander mit Massenvernichtungswaffen bedeutet Massenvernichtung. Deswegen haben wir hier eine historische Aufgabe. Ob wir ihr gewachsen sein werden oder nicht, das sei dahingestellt.

In dieser Perspektive müssen wir die Frage der Türkei diskutieren. Ob die Türkei beitreten wird oder nicht, weiß ich nicht. Da sind fundamentale Veränderungen in der Türkei und in Europa notwendig. Die Türkei muss den Kemalismus beerdigen. Ich weiß nicht, ob sie das will und kann und wann sie das leisten wird. Und wir dürfen, wenn wir die Türkei inte-

grieren wollen, nicht nur Gutmenschen sein – ich weiß, es fällt vielen Grünen leicht, immer zu behaupten, sie wären die Gutmenschen aller Gutmenschen. Wir müssen aber eins sagen: wenn wir die Türkei integrieren, sagen wir »Wir Europäer sind bereit, Verantwortung für eine Region zu übernehmen, die an den Irak, an Syrien, an den Nahen Osten, an den kaukasischen Kreis grenzt. Dies alles wollen wir, können wir und werden wir schaffen.« Diese Debatte müssen wir führen. Das wird noch zehn, 15, 20 Jahre dauern. Ja die Frage ist offen. Diskutieren wir sie mit der Vernunft, die wir haben, und dann werden wir sehen, wie wir es im nächsten Jahrzehnt entscheiden. Aber diskutieren wir das

»Die Türkei muss den Kemalismus beerdigen. Und wir dürfen, wenn wir die Türkei integrieren wollen, nicht nur Gutmenschen sein...«

Daniel Cohn-Bendit

nicht so, als ginge es darum, dass uns jetzt eine Masseneinwanderung von irgendwelchen Barbaren nach Europa droht, wenn wir »ja« sagen. Nein, die Frage ist: Stoßen wir damit an Grenzen, die wir als politisch verfasste Einheit »Europäische Union« nicht leisten können, oder ist es etwas, was wir leisten wollen und uns deswegen auch so umstrukturieren werden. Für mich ist das eine offene Frage. Ich bin eher dafür, bin mir aber bewusst, wie schwierig das ist. Und deswegen möchte ich diese Diskussion in dieser Ambivalenz führen, um nicht von vorneherein gezwungen zu sein, in einer Gradlinigkeit zu diskutieren, die Debatten überhaupt nicht mehr ermöglichen. (*Applaus*)

von Marschall: Herr Hänsch, der Konvent hat ja auch über die Klärung der Kompetenzen beraten, also auch über die Beschränkung von Kompetenzen. Wo verlaufen die Grenzen europäischer Zuständigkeit?

Hänsch: Ich muss das mit der deutsch-polnischen Versöhnung oder Verstimmung in der deutsch-polnischen Versöhnung noch mal aufnehmen. Ich bin in diesem Punkt hundertprozentiger Optimist. Wir sind mit der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen längst weiter, als wir uns das manchmal in den politischen Klassen so vorstellen. Da passiert zwischen Menschen sehr viel mehr, über das in den Zeitungen nicht berichtet wird. Berichtet wird, dass wir uns im Augenblick über die Frage der Gewichtung der Stimmen im Ministerrat streiten. Da muss ich übrigens auch fairerweise sagen, es ist ja nicht nur Polen. Mit Spanien streiten wir uns

genauso, und andere haben da auch ihre besonderen Punkte. Also ich würde diese Konflikte, die sich nun einmal in einer bestimmten Entwicklungsphase der Europäischen Union ergeben, um Gottes Willen nicht auf die Grundsatzfrage von deutsch-polnischer Versöhnung oder deutsch-französischer Versöhnung oder welcher Versöhnung auch immer hinwenden, sondern ich sage ganz deutlich: das sind die normalen Konflikte, die wir aushalten können in einer sich bildenden Europäischen Union vor dem Hintergrund einer längst stattgefunden deutsch-polnischen Versöhnung.

Das Zweite ist: Es ist etwas sehr Merkwürdiges heute Abend passiert, finde ich jedenfalls. Wir haben sehr lange über die USA geredet und über das Verhältnis Europa – USA. Und wenn wir gekonnt hätten, und das nun nicht erst am Ende zur Sprache gekommen wäre, hätten wir genauso lange über die Türkei geredet, als ob wir nicht gerade auch durch das Hinzukommen von mittel- und osteuropäischen Ländern in Europa selber genug hätten, über das wir in den nächsten zehn Jahren diskutieren und was wir bewältigen müssen. (*Applaus*) Das Hauptproblem sind nicht die USA. Und das Hauptproblem ist auch nicht ein irgendwann vielleicht stattfindender Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Das Hauptproblem ist: wie halten wir das, was wir in den letzten 50 Jahren aufgebaut haben, wie halten wir das unter veränderten Umständen in der Welt und in Europa zusammen und verbessern es so, dass sich die Menschen darin wohlfühlen? Darauf kommt es an und nicht auf die USA. (*Applaus*)

Und das Dritte: Es gibt keine vordefinierten Grenzen Europas. Die geographischen Grenzen sind andere als die historischen Grenzen. Die historischen Grenzen sind andere als die kulturellen Grenzen, die kulturellen sind andere als die politischen und die politischen andere als die ökonomischen. Die Grenzen Europas sind ein Entschluss, ein Willensakt und ein Können. Das müssen wir auch bedenken. Die Grenzen sind da, wo Europa nicht mehr integrieren kann. Das kann man nicht vordefinieren. Da kann man nicht sagen, das ist so und so, das eine Land gehört dazu, das andere Land gehört nicht dazu, sondern das kann man nur aus der Entwicklung in der Union und aus der Entwicklung der betroffenen Staaten konkret definieren und dann auch entscheiden. Da haben Sie völlig Recht, Herr von Marschall: Es gibt nicht nur äußere Grenzen für Europa – Europa kann nicht vom Shannon in Irland bis Wladiwostok reichen, um das mal ins Extreme zu wenden. Wir haben auch innere Grenzen in der Europäischen Union, die wir respektieren müssen und die mit dem Wort Subsidiarität zwar halbwegs gut, aber nicht hinreichend beschrieben sind. Das ist mehr. Europa – die Europäische Union ist so groß und wird so

groß sein, dass diese Europäische Union sich künftig mit den großen Fragen und Herausforderungen der Zeit befassen muss und endlich damit aufhören muss, in tausend kleinen Dingen herumzumachen und herum-

»Europa ist dann besonders bürgernah, wenn es dem Bürger nicht zu nahe tritt.

Das sind die Grenzen Europas.«

Klaus Hänsch

zentscheiden und zu regulieren hier und dort – was manchmal ganz nützlich sein mag im einzelnen, aber was an den Empfindungen und an den Gefühlen der Menschen völlig vorbeigeht.

Lassen Sie es mich mal so sagen – Europa, von dem wir immer wollen, dass es bürgernah sein soll – Europa ist dann besonders bürgernah, wenn es dem Bürger nicht zu nahe tritt. Das sind die Grenzen Europas. (*Applaus*)

Lamers: In einem muss ich Ihnen nachdrücklich widersprechen, Herr Hänsch. Wir können überhaupt nicht über die europäische Identität reden, ohne über die Außenpolitik zu sprechen. Das habe ich versucht klar zu machen. Und wenn wir über die Außenpolitik reden, kommen wir gar nicht umhin, uns mit den USA und ihrer Rolle zu befassen. (*Widerspruch auf dem Podium.*) Nein, das ist zentral, wie immer Sie das drehen und wenden wollen. Ob man dafür oder dagegen ist, ist völlig gleichgültig. Die USA sind eine Macht, wie es sie noch nie in der Geschichte gegeben hat. Was immer wir tun, sie sind schon da, und sie sind auch nicht nur draußen, sondern auch drin in Europa. Also es gibt nicht eine europäische Außenpolitik, es gibt nicht eine Entwicklung Europas zu einem politischen Europa ohne diese Auseinandersetzung mit den USA. Das ist zentral, ob es uns passt oder nicht.

Zweitens: Grenzen Europas. Zu den äußeren Grenzen will ich nicht viel sagen, und damit auch zu dem Thema Türkei, aber eins ist klar: Wer nicht weiß, wo er endet, weiß auch nicht, wo er beginnt. Die Fragen der Grenzen, auch der Außengrenzen Europas sind ein veritables Problem des europäischen Selbstverständnisses, einer jeden politisch verfassten Gemeinschaft. Die Deutschen und heute die Russen können davon ein Lied singen. Wir Deutschen ganz besonders.

Drittens die Frage der inneren Grenzen, der Zuständigkeiten Europas. Ich bin leidenschaftlicher Subsidiarist, und ich fände wirklich, dass es das Beste wäre, wenn Europa nur das macht, was die anderen nicht machen können. Meine Damen und Herren, denken Sie an zwei Urteile des Euro-

päischen Gerichtshofs aus der jüngsten Zeit und von vor einem Jahr. Das eine war das Urteil zur Arbeitszeit der Ärzte. Da sagt doch jeder »das ist doch nicht deren Sache«. Es war deren Sache. Es musste deren Sache sein. Denken Sie an das Urteil über die Frauen in der Bundeswehr. »Das ist ja nun das Allerintimste, Nationalste« – aber in Wirklichkeit war es notwendig und richtig, was der Europäische Gerichtshof entschieden hat. Ich frage mich übrigens, Herr Mazowiecki, wäre Polen gerade in den letzten Fragen, in einer Frage, die gleiche innenpolitische Brisanz hat, bereit, ein europäisches Urteil dieses Inhalts zu akzeptieren? Ich lasse die Frage dahingestellt.

Meine Damen und Herren, bei der europäischen Integration geht es ja im Grunde um ein neues Organisationsprinzip von Macht. Das alte Organisationsprinzip war das Territorialprinzip. Und das ist durch die supranationale Wirklichkeit ausgehöhlt. Das ist der harte Kern des europäischen Integrationsgedankens. Und diese supranationale Wirklichkeit umfasst nun mehr oder minder alle Bereiche, und alles hängt mit allem zusammen. Eine simple politische Weisheit, die aber gerade auch hier gilt. Deswegen finde ich

auch, dass die Diskussion über Staat und Superstaat irgendwie an der Sache vorbeigeht. Es ist ja richtig, es ist ein neues Or-

»Die USA sind eine Macht, wie es sie noch nie in der Geschichte gegeben hat. Was immer wir tun, sie sind schon da, und sie sind auch nicht nur draußen, sondern auch drin in Europa.«

Karl Lamers

ganisationsprinzip, aber den alten Staat gibt es ja sowieso nicht mehr. Der alte Staat war der Territorialstaat, der für die politisch organisierte Macht postulierte, dass sie allein letzt- und allzuständig sei. Nicht nur Europa ist etwas neues, auch der Nationalstaat ist schon heute nicht mehr das, was er war, mit absoluter Sicherheit. Deswegen ist das Ganze eine ziemlich akademische Diskussion. Die Wirklichkeit ist immer stärker, und sie wird sich durchsetzen.

Und zum letzten, zum deutsch-polnischen Verhältnis. Ich stimme Ihnen unbedingt zu, es ist bereits weiter, als viele denken. Ich bin aber nicht so pessimistisch. Nicht nur in diesem Raum, der ist nicht ganz typisch, sondern auch sonst wissen das viele, viele Deutsche. Dass wir noch nicht ganz so weit sind, wie auch ich gedacht habe, zeigt die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen. Ich will Ihnen nur eins dazu sagen. Es geht nicht um eine Geschichtsrevision, was Władysław

Bartoszewski beispielsweise befürchtet, sondern es geht um eine Revision der Einstellung der Deutschen und vor allem der deutschen Politik gegenüber den Vertriebenen, die jahrelang in die Ecke gestellt worden sind. Übrigens, damit das klar ist, meine Damen und Herren, ich wollte auch nichts von diesem Sonderopfer wissen, das sie gebracht haben. Da ist eine Revision notwendig und richtig, nicht aber, was unsere Verantwortung für die Zeit zwischen 1933 und 1945 angeht – absolut keine Revision. Das andere ist notwendig. Vielleicht würde uns eins helfen: Wenn wir alle nicht so sehr auf uns fixiert wären. Sie haben ja vollkommen recht, Herr Cohn-Bendit, die Welt um uns herum ist in tiefer Unruhe, Unrast und im Aufbegehren – auch gegen Europa, machen wir uns nichts vor, obwohl auch gleichzeitig viele ihre Hoffnung auf Europa setzen, geradezu sehnsüchtig darauf warten, dass das Wort von Jean Monet Wirklichkeit wird, der einmal gesagt hat – sehr bescheiden klingend, in Wirklichkeit außerordentlich anspruchsvoll: »Europa ist ein Beitrag zu einer besseren Welt.« (*Applaus*)

von Marschall: Vielen Dank. Zum Schluss waren das ja fast pathetische Aussagen, aber die Realität hat uns gleich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Sie haben schon gemerkt, die Fahrpläne der Deutschen Bahn fallen jedenfalls nicht in die europäische Kompetenz, deswegen musste Herr Hänsch uns etwas früher verlassen.

Zweitens hat dieser Abend hoffentlich gezeigt: Es lohnt sich, ins Theater zu gehen. Was man im Theater nicht so alles miterlebt! Ich konnte etwas miterleben, was Ihnen vermutlich entgangen ist: Ich habe nämlich den Eindruck, dass das Darmstädter Staatstheater ein realistisch-experimentelles Theater ist, denn bei Herrn Hänsch tropfte es während der ganzen Zeit auf den Tisch, und ich habe mich nur gefragt, was das wohl zu bedeuten hat. Es ist offensichtlich nicht gelungen, die Debatte zu verwässern. Vielleicht sollte es also eher ein zarter Hinweis auf die Löcher in den kommunalen Kassen sein.

Drittens lohnt es sich nicht nur, ins Theater zu gehen, sondern es lohnt sich auch, sich mit Europa zu beschäftigen. Denn das hat sich hier gezeigt, es ist nicht so leicht auszurechnen, wie man sich zu bestimmten Problemen verhält. Ein Links- oder ein Rechtsschema gab es hier nicht, sondern die Meinungen wechselten, je nach dem, ob wir hier gerade über den Krieg, über das Engagement, andere Völker zu befreien, über Gott, die Präambel oder sonst etwas sprachen. In Europa geht es offenbar komplizierter zu als rechts/links, spannender, aber eben leider auch komplizierter.

Und zu allerletzt, da es sich ja um eine Veranstaltung des Deutschen Polen-Instituts handelt: Es lohnt sich auch, sich mit Polen zu beschäftigen und sich zu fragen: Ist es nicht so, dass wir im Westen immer noch denken, europäisches Zusammenwachsen bedeutet vor allem, dass die Neuen von den Alten lernen? Und lassen wir überhaupt den Gedanken zu, dass es sich vielleicht auch manchmal lohnt zu fragen, ob wir etwas von den Neuen lernen können? (*Applaus*) Ein kleines praktisches Beispiel: In Deutschland wird gerade darüber diskutiert, ob wir unser Steuersystem nicht radikal vereinfachen und zu einem dreistufigen System ohne Ausnahmen übergehen sollten. Ich habe noch keinen deutschen Finanzpolitiker getroffen, der weiß, dass Polen das seit Jahren praktiziert, und der mal auf die Idee gekommen wäre, sich nach deren Erfahrungen zu erkundigen. Es gäbe sicher auch weitere Beispiele.

Wir haben jetzt unsere Zeit mehr als überschritten. Und ich denke, dass das alles Anregungen für die Diskussionen gleich bei einem Glas Wein sind. Ich hoffe, es hat Ihnen Spaß gemacht. Ich wünsche Ihnen nachher einen guten Nachhauseweg. Vielen Dank. (*Applaus*)

Diskussionsteilnehmer



Daniel Cohn-Bendit

1945 in Montauban (Frankreich) geboren; studierte Soziologie an den Universitäten Nanterre, Paris und Frankfurt am Main. Seit 1984 Mitglied der »Grünen«, seit Januar 2002 Ko-Vorsitzender der Grünen/Freie Europäische Allianz im Europäischen Parlament. 1999 Ehrendoktor der Katholischen Universität Brabant (Frankreich); 2001 Hannah-Arendt-Preis.



Klaus Hänsch

1938 in Sprottau (Schlesien) geboren; studierte Betriebswirtschaft, Soziologie, Geschichte und Politologie an den Universitäten Köln, Paris und Berlin. 1968/69 Redakteur bei ›Dokument‹, seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments, 1989–1994 und 1997–2002 Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), 1994–1997 Präsident des Europäischen Parlaments, seit Oktober 2003 Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Regierungskonferenz.



Karl Lamers

1935 in Königswinter geboren; studierte Jura, Politologie und Soziologie an den Universitäten Bonn und Köln. 1955 Eintritt in die CDU, 1966–1980 Leiter einer politischen Akademie, 1968–1971 Landesvorsitzender der Jungen Union Rheinland, 1975–1981 stellvertretender Landesvorsitzender, 1980–2002 Mitglied des Bundestages. Hier Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion; Obmann im Auswärtigen Ausschuss.



Christoph von Marschall

1959 in Freiburg geboren; studierte Geschichte an den Universitäten Freiburg, Mainz und Krakau. 1989/90 Volontariat bei der ›Süddeutschen Zeitung‹, während des demokratischen Umbruchs Korrespondent in Budapest und später Zeuge der Machtwechsel in Bulgarien und Rumänien. Seit 1991 beim Tagesspiegel in Berlin, zunächst in den Ressorts *Politik*, *Dritte Seite* und *Meinung*, jetzt als Leitender Redakteur *Meinung*.



Tadeusz Mazowiecki

1927 in Płock (Polen) geboren; 1961–1971 Abgeordneter im Sejm. Danach Beteiligung am Widerstand katholischer Intellektueller gegen die kommunistische Regierung der PZPR. Seit 1980 Berater und Publizist der Gewerkschaft »Solidarność«; 1989 Berater von Lech Wałęsa während der Gespräche am Runden Tisch. 1989/90 Ministerpräsident Polens; 1990–1995 Vorsitzender der liberalen Partei Demokratische Union (später: Freiheitsunion).

Podiumsgespräche des
Deutschen Polen-Instituts Darmstadt
Heft 5

Herausgegeben
vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt e.V.
Redaktion: Peter Oliver Loew und Jutta Wierczimok

Gefördert vom Auswärtigen Amt, vom Land Hessen
und der Europäischen Kommission

Fotos: Jürgen Schmidt
Graphic Design: Regina Schüle
Herstellung: Ph. Reinheimer GmbH Darmstadt
Darmstadt 2004

ISSN 1612-3808